

„Black Box“ Rentenversicherung erschwert Reformen

Veröffentlicht: 2. August 2024 auf LinkedIn

https://de.linkedin.com/pulse/black-box-rentenversicherung-erschwert-reformen-schroeder-wildberg-8t1ve?trk=articles_directory

„Die gesetzliche Rentenversicherung steht unter Druck – auch, weil sie für Leistungen genutzt wird, die eigentlich von der Allgemeinheit finanziert werden müssen. Das geplante Rentenpaket II ändert nichts an dieser Problematik. Um die Leistungsfähigkeit unseres Rentensystems korrekt zu beurteilen und gezielte Reformen umzusetzen, muss dringend Transparenz geschaffen werden!“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Es wird oft und leider auch zu Recht davor gewarnt, dass die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland zunehmend unter Druck gerät. Dabei muss man aber berücksichtigen, dass die Rentenkasse auch für zahlreiche Leistungen genutzt wird, für die nicht die Beitragszahler, sondern die Allgemeinheit aufkommen müsste. Auch das Rentenpaket II, das Bundesarbeitsminister Hubertus Heil nach der Sommerpause unter Dach und Fach bringen will, ändert an diesem Missstand nichts. Dabei wäre es höchste Zeit, Transparenz herzustellen. Denn nur so lassen sich die tatsächliche Leistungsfähigkeit des umlagefinanzierten Rentensystems beurteilen und zielgenaue Reformen einleiten.

Bereits absehbar ist: Das Rentenpaket II wird zu mehr Generationen-Ungerechtigkeit führen. Denn um das Rentenniveau bis zumindest 2039 bei 48 Prozent stabil zu halten, so lautet das Ziel der Ampelkoalition, werden ab 2028 die Rentenbeiträge von derzeit 18,6 Prozent sukzessive auf 22,3 Prozent bis zum Jahr 2035 steigen müssen. Dies geht

zwangsläufig zu Lasten der aktuellen und künftigen Beitragszahler und wird sicherlich nicht dazu beitragen, dass das Vertrauen gerade der jungen Generation in das gesetzliche Rentensystem wächst. Daran ändert auch das Generationenkapital als weiterer Bestandteil des Rentenpakets II kaum etwas. Diese neue kapitalmarktgestützte Komponente geht zwar in die richtige Richtung, wirkt aber allenfalls wie der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Wichtig wäre, überhaupt erst einmal Transparenz hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des gesetzlichen Rentensystems herzustellen. Denn es gleicht in Teilen einer Black Box. Konkret: Es wird seit Jahren mit Leistungen überfrachtet. Darunter fallen zum Beispiel Zuschläge zur Grundrente oder Zahlungen aufgrund von Kindererziehungszeiten (Mütterrente) und einiges mehr.

Bundesrechnungshof stößt auf taube Ohren

Seit Jahren mahnt der Bundesrechnungshof das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, „Transparenz bei den versicherungsfremden Leistungen herzustellen“. Er moniert zu Recht, dass diese Leistungen „grundsätzlich in Art und Höhe unbestimmt“ sind. In der Tat ist es erstaunlich, mit welchem dicken Daumen Milliardenbelastungen in das Solidarsystem der Rentenkasse verschoben werden. Im Jahr 2020 (das sind die jüngsten Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund) kosteten die versicherungsfremden Leistungen je nach Definition zwischen 63,3 Mrd. Euro und 112,4 Mrd. Euro – das ist ein Interpretationsspielraum von rund 49 Mrd. Euro. Die Bundeszuschüsse aus Steuermitteln zur gesetzlichen Rentenversicherung betragen in jenem Jahr rund 75,3 Mrd. Euro. Damit liegt die Frage auf der Hand, ob die Beitragszahler möglicherweise für Leistungen aufgekomen sind, die Sache der Allgemeinheit sind und eben nicht durch den Steuerzuschuss gedeckt waren.

Klarheit in die eigenen Finanzen bringen

Warum sind Transparenz und Klarheit hier so wichtig? Wenn man ein System wie die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest machen will, sollte man dessen tatsächliche Funktion und deren Finanzierung verursachergerecht festlegen. Nochmals auf den Punkt gebracht: Versicherungsfremde Leistungen, die nicht über den Steuerzuschuss gedeckt sind, haben in der gesetzlichen Rentenversicherung nichts zu suchen! Das notwendige Aufräumen auf der Leistungsseite im System könnte im besten Fall auch noch dazu beitragen, die weitere Steigerung der Rentenbeiträge zu verhindern oder zumindest zu mildern. Im Grunde fordert der Rechnungshof ja nichts anderes als das, was man jedem Bürger ans Herz legt: Bringe Klarheit in Deine Finanzen!

Leider sind die Aussichten aber trübe: Es ist nicht überraschend, dass die versicherungsfremden Leistungen im Rentenpaket II von Bundesminister Heil keine Rolle spielen. Denn Transparenz, also die saubere Abgrenzung der Leistungen im Rentensystem, könnte den ohnehin nur mühsam vorerst aufgestellten Bundeshaushalt ordentlich durcheinanderwirbeln. Aber selbst bei einer sauberen Abgrenzung werden die strukturellen Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der demografischen Entwicklung natürlich nicht gelöst. Es braucht vor allem eine noch wesentlich stärkere Einbeziehung des Kapitalmarkts für die Altersvorsorge. Ohne die deutliche Ausweitung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge wird es nicht gehen – so viel Klarheit haben wir heute schon.